

D-3 Wirkungsvollen Klimaschutz auch durch eine kraftvolle Energiewende fortsetzen

Antragsteller*in: Ukrike Höfken (KV Bitburg-Prüm), Bernhard Braun (KV Ludwigshafen), Jutta Paulus (KV Neustadt a.d.W.), Manfred Seibel (KV Südwestpfalz), Kerstin Ramm (KV Mainz), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Thomas Pensel (KV Mainz), Dr. Thomas Griese (KV Aachen), Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich), Christian Vierring (KV Mainz), Götz von Stumpfeldt (KV Mainz), Tabea Roefßner (KV Mainz), Uli Bock (KV Mayen-Koblenz), Theresia Utters (KV Vulkaneifel) Benjamin Buddendick (KV Koblenz), Jennifer Werthwein (KV Ludwigshafen), Wolfgang Schlagwein (KV Ahrweiler), Regine Wilke (KV Neuwied), Martin Schykowski (KV Mainz), Thorsten Lange (KV Mainz), Erwin Manz (KV Bad Kreuznach) , Elias Weinacht (KV Rheinpfalz), Catrin Müller (KV Bernkastel-Wittlich), Lukas Hartmann (KV Landau), Andreas Hartenfels (KV Kusel)

Tagesordnungspunkt: 5. Verschiedenes

1 Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Novellierung des Erneuerbare Energien
2 Gesetz (EEG) zeigt deutlich: Die Bundesregierung hat kein Interesse mehr daran,
3 der Energiewende neuen Schwung zu verleihen oder den klimapolitischen
4 Verpflichtungen Deutschlands nachzukommen. Statt eines klaren Kurses in der
5 Energiepolitik verliert sich die GroKo im Klein-Klein und bremst die
6 Erneuerbaren Energien aus. Damit werden nicht nur die Klimaschutzziele
7 Deutschlands unterlaufen, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung eines
8 gesamten Wirtschaftszweiges. Schon heute hat die Branche der Erneuerbaren
9 Energien viele Arbeitsplätze, von der Industrie bis zum Handwerk, geschaffen.
10 Nicht nur die Gesundheit und die intakte Umwelt der kommenden Generationen wird
11 aufs Spiel gesetzt, sondern auch die Wirtschaftskraft Deutschlands, die von den
12 direkten Folgeschäden massiv bedroht wird. Doch statt Planungssicherheit kommt
13 von der Bundesregierung seit Jahren nur ein Unsicherheit schaffendes Vor und
14 Zurück, das die Energiewende verhindert und damit Klimaschutz, wirtschaftliche
15 Entwicklung und Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz und in ganz Deutschland
16 gefährdet.

17 Vor wenigen Monaten traf sich die internationale Staatengemeinschaft in Paris
18 und hat sich auf ambitionierte Klimaschutzziele verständigt. Auch die
19 Bundesregierung hat sich dort zu diesen Zielen bekannt.

20 Bund und Länder stehen daher vor der großen Herausforderung, dieses Bekenntnis
21 in konkrete Maßnahmen zu übersetzen. Ein wesentlicher Baustein muss die
22 kraftvolle Fortsetzung der Energiewende sein. Wir brauchen auch in den nächsten
23 Jahren einen weiteren deutlichen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Zudem gilt
24 es, die Energiewende im Wärmesektor und im Verkehrsbereich zu forcieren und alle
25 drei Bereiche stärker miteinander zu vernetzen.

26 In Rheinland-Pfalz haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel getan. Wir
27 Grüne haben einen großen Anteil daran, dass die installierte Leistung der
28 Erneuerbaren Energien seit 2011 verdoppelt wurde. Wir haben exemplarisch in der
29 Eifel aufgezeigt, wie man in einer Region die Energiewende ganzheitlich
30 erfolgreich weiterentwickeln kann. Zudem haben wir landesweit mehrere
31 vielversprechende Speicherprojekte angeschoben. Aber dies kann nur ein Auftakt
32 sein. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte in den nächsten fünf Jahren

33 fortschreiben. Neben der Weiterentwicklung des Stromsektors ist die Wärmewende
34 unser nächstes zentrales Klimaschutz- und Energiewendeprojekt. Hier gilt es die
35 richtigen Impulse zu geben.

36 Auch auf Bundesebene haben wir uns als rheinland-pfälzische Grüne immer für
37 zukunftsorientierte Rahmenbedingungen eingesetzt und die Fortsetzung und
38 Weiterentwicklung der Energiewende eingefordert. Am 27.11.2015 haben die Länder
39 Bayern, Thüringen und Rheinland-Pfalz eine EntschlieÙung hinsichtlich der
40 Stärkung der Stromerzeugung aus Bioenergie im künftigen EEG eingebracht. Hierin
41 erkennen die Länder an, dass Bioenergie wesentlich zu einer verlässlichen,
42 flexiblen und bedarfsgerechten Stromproduktion beitragen kann. Vor allem Biogas
43 kann die Schwankungen ausgleichen, die durch die Stromerzeugung mit Wind und
44 Sonne auftreten.

45 Diese EntschlieÙung wurde mittlerweile mit großer Mehrheit im Bundesratgefasst.

46 Gemeinsam mit anderen grünen Regierungen haben wir uns konstruktiv am
47 Gesetzgebungsprozess beteiligt, trotz unserer grundsätzlichen Kritik an der
48 Politik der Bundesregierung: viel zu zögerlicher Umstieg auf regenerative
49 Energien, mangelndes Bekenntnis zum Kohleausstieg, fehlende Anstrengungen,
50 endlich die fossilen Abhängigkeiten im Wärme- und Verkehrsbereich anzugehen.

51 Auch wenn die Widerstände an einigen Stellen zunehmen, werden wir Grüne die
52 Stimme der Energievernunft bleiben. Statt eines Stillstandes oder einer
53 Verlangsamung beim Ausbau Erneuerbarer Energien, wie er derzeit auf Bundesebene
54 von der Bundesregierung gewollt wird, brauchen wir neue Impulse für einen
55 Energiemix aus Wind, Sonne und Biogas. Statt einer Konzentration der
56 Erneuerbaren auf hoher See oder in Küstennähe brauchen wir die Erneuerbaren als
57 dezentrales, regionales und bürgernahes Klimaschutzprojekt.

- 58 Wir Grüne setzen uns weiterhin dafür ein,
- 59 • dass auf Bundesebene ein wirkungsvolles EEG verabschiedet wird, mit dem
60 ein effektiver Zubau Erneuerbarer Energien auch in Rheinland-Pfalz
61 ermöglicht wird
 - 62 • dass im EEG kein Deckel für die Erneuerbaren Energien festgeschrieben
63 wird, sondern Mindestziele gesetzt werden
 - 64 • dass die De-Minimis-Regelung der EU-Leitlinien voll ausgeschöpft und
65 Windparks bis zu einer Größe von 18 MW von den Ausschreibungen ausgenommen
66 werden
 - 67 • dass es keine Abgabe auf Eigenstromerzeugung gibt und das
68 Grünstromprivileg wieder eingeführt wird
 - 69 • dass keine Projekte durch eine plötzliche negative Veränderung der
70 Vergütung gefährdet und somit unplanbar werden;
 - 71 • dass Anreize für einen dezentralen, lastnahen Zubau erneuerbarer
72 Stromkapazitäten gesetzt werden
 - 73 • dass der Ausstieg aus der schmutzigen Kohle möglichst schnell vollzogen
74 wird
 - 75 • dass bundespolitische Impulse für einen Ausbau Erneuerbarer Energien im
76 Wärmebereich sowie geeignete Unterstützung bei der Gebäudesanierung
77 gesetzt werden;
- 78 dass landespolitisch die Weichen weiter für die Einleitung der Wärmewende und
79 einen Zubau an Erneuerbaren Energien im Strombereich gestellt wird
- 80 • dass aufgezeigt wird, welche Potenziale in einer ambitionierten Wärmewende
81 stecken und welche Instrumente dafür notwendig sind
 - 82 • Die Bioenergie als Instrument für Speicherung und Regelung von Energie und
83 in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zu nutzen.
- 84 Begründung der Dringlichkeit: am 12.5.2015 gab es eine Konferenz der
85 MinisterpräsidentInnen der Länder mit der Bundeskanzlerin zum Thema Novelle des
86 EEGs. Diese blieb ohne Ergebnis. Somit wird weiter verhandelt zwischen dem Bund
87 und den Ländern und wir GRÜNE können unsere Position nochmals deutlich machen.
88 Die nächste Verhandlungsrunde zwischen Bund und Ländern ist Ende Mai. Der 12.5.
89 war nach dem Antragschluss.

Begründung

erfolgt mündlich